

TOPMELDUNG

KLIMAPOLITIK

Mehrheit will erneuerbare Energien, aber unter Vorbehalt

Olten (energate) - Anlagen für erneuerbare Energien ja, aber nicht überall und nicht zu jedem Preis. So lautet das Fazit von drei Studien, die am von Swisscleantech organisierten Webinar "Energiewende: Wie schafft man Akzeptanz für Veränderungen?" präsentiert wurden. So zeigte Ulrike Wissen Hayek von der ETH Zürich anhand der Befragung, die sie mit ihrem Team durchgeführt hatte, dass Windenergie- und Photovoltaikanlagen auf deutlich niedrigere Akzeptanz stossen, wenn sie in eine unberührte Berglandschaft gebaut werden. In touristisch geprägten Berggebieten hingegen akzeptierte die Mehrheit der Befragten zumindest eine geringe Zahl solcher Anlagen. "Die Vorbelastung der Landschaft spielt eine wesentliche Rolle, wie die erneuerbaren Anlagen bewertet werden", so Wissen Hayek.

Vor allem um alpine Anlagen ging es in der Umfrage von Rolf Wüstenhagen, Professor an der Universität St. Gallen, und seinem Team. Diese ergab, dass eine Mehrheit der Befragten Photovoltaikanlagen im alpinen Raum befürwortet. Der Zuspruch ist unter denjenigen, die in alpinen Regionen wohnen, sogar noch grösser. Allerdings muss für eine Mehrheit die Anlage ins Landschaftsbild integriert werden und auch farblich dazu passen. Stehen die Panels beispielsweise auf einer Wiese, sollen sie wenn möglich grün sein. Solaranlagen mit bestimmten Motiven, wie es sie beispielsweise in China gibt, stossen in der Schweiz dagegen eher auf Ablehnung, wie Wüstenhagens Befragung zeigt. Ebenso, wenn Anlagen von einem internationalen Energieunternehmen betrieben werden: Für die Mehrheit der Befragten ist es gemäss Wüstenhagens Umfrage wichtig, dass es sich um ein lokales Unternehmen handelt, welches die Anlage betreibt.

Kosten ein mitentscheidender Faktor

Und dann wären da noch die Kosten, auf die Wüstenhagen auch einging. In einer Präferenzuntersuchung entschieden sich eine Mehrheit der Hauseigentümer, auf eine Photovoltaikanlage zu verzichten, wenn es darum ging, im Rahmen einer Modernisierung Kosten einzusparen. Die Kosten waren auch Thema des Referats von Isabelle Stadelmann-

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Mehrheit will erneuerbare Energien, aber unter Vorbehalt	1
--	---

✪ SCHWEIZ

Autobranche vermeldet "historischen Markteinbruch"	2
Befristete Klimainstrumente sollen länger gelten	2
Mehr Wasserkraftwerke in der Schweiz in Betrieb	3
Leclanché darf Geschäftsbericht später publizieren	3
Aventron: 54 Mio. Franken dank Namenaktien	3
Zuger Kantonsrat tritt auf Axpo-Geschäft ein	4
Christoph Brand leitet nun die Axpo	4

✪ DEUTSCHLAND

Bundesregierung konkretisiert Zielvorgaben	4
Bundesnetzagentur hält an Höchstwerten für Biomasse fest	5
FNB veröffentlicht Zusatzkapazität für THE-Marktgebiet	5
Konstanter Solarzubau lässt EEG-Fördersätze sinken	6
8,5 Mrd. Euro für neue Gasinfrastruktur	7

✪ EUROPA

Keine Ausnahme für Nord Stream 2	8
----------------------------------	---

↗ MARKTDATEN

	9
--	---

Steffen, Professorin an der Universität Bern. Sie hatte mit ihrem Team mittels einer Befragung herausgefunden, dass steigende Kosten negativ für die Akzeptanz von Gesetzen sind, die den Umbau hin zu erneuerbaren Energien fördern sollen. Und dies unabhängig von der politischen Einstellung der Befragten. Gleichzeitig stellten Stadelmann-Steffen und ihr Team fest, dass das Wissen innerhalb der Bevölkerung in Bezug auf ökologische Gesetze in der Schweiz relativ gering ist. Als Beispiel brachte sie die CO₂-Abgabe. Wäre diesbezüglich mehr Wissen vorhanden, stiessen auch solche Gesetze auf mehr Akzeptanz, so Stadelmann-Steffen.

Bevölkerung soll miteinbezogen werden

In der abschliessenden Diskussion waren sich die Forscher einig, dass der Dialog besonders entscheidend sei. Für Stadelmann-Steffen ist klar, dass die lokale Bevölkerung in diesen Dialog miteinbezogen werden muss. Ausserdem braucht es für sie bis weit in die politische Mitte einen Konsens zum Thema Klimapolitik, der "nicht zu ideologisch" ist.

Wüstenhagen lobte wiederum den Bundesrat für sein Vorgehen in der Coronakrise und wünschte sich, dass er die Klimathematik ähnlich behandeln würde. Und Wissen Hayek sagte, sie hoffe, dass die Energiewende in der Schweiz mit Sorgfalt umgesetzt werde./ms

SCHWEIZ

MOBILITÄT

Autobranche vermeldet "historischen Markteinbruch"

Bern (energate) - Gerade einmal 9.382 neue Personenwagen wurden im April in Verkehr gesetzt - 67 Prozent weniger als im April vor einem Jahr. Das geht aus einer Statistik von Auto-Schweiz hervor. Die Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure schreibt in ihrer Mitteilung daher von einem "historischen Markteinbruch", der in die Geschichtsbücher der Schweizer Automobilbranche eingehen werde. Denn seit der Ölkrise in den 1970er-Jahren habe es keinen Kalendermonat mit weniger als 10.000 Neuimmatrikulationen mehr gegeben.

Von dem Rückgang sind auch Alternativ-Antriebe betroffen. Deren Anteil sank bei den Neuimmatrikulationen im April im Vergleich zum Vorjahresapril um 34,5 Prozent. Allerdings verdoppelte er sich im ersten Quartal im Vergleich zur Vorjahresperiode auf 21,2 Prozent, wovon am Stromnetz aufladbare Modelle mit 9,8 Prozent knapp die Hälfte ausmachen. Das sei erfreulich, so Auto-Schweiz. Jedoch dürften im weiteren Jahresverlauf sowohl die Nachfrage als auch die Lieferbarkeit bei Elektroautos und Plug-in-Hybriden "in Mitleidenschaft gezogen werden". Die Coronakrise könnte demnach dazu führen, dass bei Anschaffungen in den kommenden Monaten eher auf günstigere Modelle ohne Elektromotor zurückgegriffen werde. Zudem sei der Lagerbestand an "Steckerfahrzeugen" produktionsbedingt sehr niedrig, halten die Auto-Importeure fest. Diese revidieren ihre Marktprognose 2020 für die Einlösung neuer Personenwagen auf 240.000. Dies entspräche einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von rund 23 Prozent, so Auto-Schweiz. Im Gesamtergebnis wäre dies "das schlechteste Auto-Jahr seit viereinhalb Jahrzehnten", heisst es in der Mitteilung.

Kumulierter Marktrückgang bei mehr als 35 Prozent

Um in der Coronapandemie noch grösseren Schaden von der Fahrzeugbranche abzuwenden und um Arbeitsplätze zu sichern, müssten die Verkaufsräume der offiziellen Markthändler wie vorgesehen am 11. Mai "zwingend wieder öffnen dürfen", heben die Auto-Importeure hervor. Gemäss deren Statistik wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres lediglich 64.834 Personenwagen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein neu eingelöst. Seit Beginn des Lockdowns Mitte

März waren es demnach an einem durchschnittlichen Arbeitstag rund 800 Autos weniger als üblich. In derselben Periode des Vorjahres wurden mehr als 100.000 Fahrzeuge zugelassen, womit der kumulierte Marktrückgang seit Jahresbeginn über 35 Prozent betrage, wie Auto-Schweiz mitteilt./at

KLIMAPOLITIK

Befristete Klimainstrumente sollen länger gelten

Bern (energate) - Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) eröffnet die Vernehmlassung zur Teilrevision der CO2-Verordnung. Diese soll die bestehenden Klimainstrumente bis 2021 verlängern. Da die Totalrevision des CO2-Gesetzes für die Zeit nach 2020 im Parlament mit dem Abbruch der Frühjahrsession vorerst vertagt wurde, sollen zentrale, aber zeitlich bis Ende 2020 befristete Instrumente des Klimaschutzes in einer Teilrevision des CO2-Gesetzes bis Ende 2021 verlängert werden. Dies hat das Parlament am 20. Dezember 2019 so beschlossen.

Mit der Teilrevision werden laut Uvek die Betreiber emissionsintensiver Anlagen weiterhin von der CO2-Abgabe mit Verminderungsverpflichtung befreit und die Kompensationspflicht für Importeure fossiler Treibstoffe im CO2-Gesetz bis Ende 2021 verlängert. Das Schweizer Emissionshandelssystem (EHS), das seit Anfang 2020 mit demjenigen der EU verknüpft ist, werde hingegen unbeschränkt verlängert, heisst es. Mit einer Verordnungsanpassung will das Uvek auch eine Verminderung der CO2-Emissionen aus Brennstoffen sicherstellen. Damit wäre eine Erhöhung der Abgabe per 1. Januar 2022 auf 120 Franken pro Tonne CO2 grundsätzlich möglich, sollten die Brennstoffemissionen im Jahr 2020 nicht genügend sinken, schreibt das Uvek.

CO2-Emissionen für Autos nach neuem WLTP-Verfahren

Eine weitere Anpassung der CO2-Verordnung betrifft laut Uvek die Emissionsvorschriften für Personenwagen, Lieferwagen und leichte Sattelschlepper. Seit September 2017 wird der CO2-Ausstoss neuer Fahrzeugmodelle in der EU nach dem "Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure" (WLTP-Verfahren) gemessen. Damit liegen die CO2-Emissionen näher am tatsächlichen Treibstoffverbrauch und fallen um rund 25 Prozent höher aus als nach dem alten Verfahren. Mit den vorgeschlagenen Änderungen werden die festgelegten Zielwerte nun für 2021 bis 2024 durch gleichwertige WLTP-Ziele ersetzt, "so dass die von den Fahrzeugimporteuren verlangte Reduktionsleistung beibehalten bleibt". Dies betont das Umweltschweiz-Departement zur gestarteten Vernehmlassung, die bis zum 25. August dauert./at

Weitere Informationen finden Sie online:

www.energate-messenger.ch